

# Das Ideal näher an uns heranbringen. Zum Verhältnis der Philosophie zur nichtidealen menschenrechtlichen Wirklichkeit

*Philippe Brunozzi*

## I. Einleitung

Erhebt die Philosophie den Anspruch, an der praxisnahen Aufgabe der Unterbreitung konkreter Vorkehrungen zur praktischen Verwirklichung und Durchsetzung der Menschenrechte mitzuwirken, so steht immer auch zur Diskussion, wieweit eine Teilnahme der Philosophie an derartigen Vorhaben überhaupt in ihren Kompetenzbereich hineinreicht und worin genau ihr spezifischer Beitrag bestehen könnte. Denn welche Rolle der Philosophie zufällt, wenn sie sich auf konkrete soziale und politische Verhältnisse einlässt, um Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte anzuregen, und wo dabei die Grenzen ihrer Zuständigkeit verlaufen, darüber liegen je nach Philosophieverständnis divergierende Ansichten auf dem Tisch.<sup>1</sup> Wenn sich die folgende Skizze diesen Fragen zuwendet, so wird es ihr dabei nicht darum zu tun sein, die Rollen- und Aufgabenbeschreibungen unterschiedlicher Philosophieverständnisse gegeneinander in Stellung zu bringen. Vielmehr sei der Blick auf ein bestimmtes philosophisches Selbstverständnis gerichtet. Zur Debatte wird jene Perspektive auf die Philosophie stehen, welche ihr zwar eine Rolle in Verwirklichungsfragen einräumt, die Möglichkeit einer unvermittelten und ausschließlichen Orientierung an einem theoretisch erarbeiteten normativen Ideal jedoch misstrauisch beäugt. Gegen eine sich ausschließlich an idealen normativen Bezugspunkten orientierende Philosophie (II) fordert sie eine folgenreichere Bezugnahme auf die nichtidealen Wirklichkeiten in Fragen der Verwirklichung der selbst vertretenen normativen Standards (III). Unabhängig von der Triftigkeit der Gründe, die gegen eine

<sup>1</sup> Vgl. hierzu etwa den nicht spezifisch auf die Menschenrechte zugeschnitten Überblick von Jürgen Habermas in Habermas, 1999.

exklusive Ausrichtung der Philosophie auf die Begründung und Formulierung idealer normativer Standards sprechen, steht und fällt die hier beleuchtete Perspektive nicht zuletzt mit der Frage, welche Konsequenzen aus der von ihr geforderten dezidierten Hinwendung zu nichtidealen sozialen und politischen Kontexten überhaupt für die Arbeit der Philosophie folgen und ob die Philosophie dabei die beanspruchte praktische Funktion überhaupt angemessen erfüllen kann. Dies gilt es im Folgenden versuchsweise und damit nur vorläufig zu klären (IV–V). Abschließend sei der sich abzeichnende Ansatz an einem Beispiel verdeutlicht (VI).

## II. Ausschließliche Orientierung am Ideal

Viele betrachten die Tauglichkeit einer normativen Theorie, uns in dem, was zu tun ist, praktisch orientieren zu können, als eine notwendige Bedingung ihrer Gültigkeit.<sup>2</sup> Angesichts dieser Orientierungserwartung, die wir an normative Theorien herantragen, sollte sich auch die politische Philosophie nicht scheuen, institutionelle Vorkehrungen oder Reformen vorzulegen, von denen zu erwarten ist, dass sie bestehende Ungerechtigkeiten beheben oder zumindest verringern können. Einem geläufigen Verständnis zufolge vermag die politische Philosophie dieser Forderung nach praktischer Anleitung allerdings nur nachzukommen, wenn sie sich, unter Annahme idealer sozialer und politischer Rahmenbedingungen, auf ihr Kerngeschäft der theoretischen Verteidigung und Ausformulierung normativer Prinzipien konzentriert. Die auf diese Weise nahegelegten Standards können dann als normative Ideale fungieren und unsere Anstrengungen zur Herbeiführung einer gerechteren Welt ausrichten.<sup>3</sup> Sie zeigen nämlich jenen Ort an, auf den hin wir unsere soziale und politische Welt zu verändern haben. Ohne derartige, an ausformulierte Prinzipien angeheftete normative Ideale würde uns der notwendige normative Kompass abhandenkommen, mithilfe dessen wir die Reform bestehender sozialer und politischer Verhältnisse adäquat angehen können. Nach diesem Verständnis erhebt die politische Philosophie mithin in theoretischer

<sup>2</sup> Vgl. exemplarisch dazu Rawls' Ausführungen zum Vorrang des Unterschiedsprinzips gegenüber dem Nutzenprinzip in Rawls, 1971, 320–321. Vgl. auch Hare, 1981, viii.

<sup>3</sup> Im Folgenden bezeichnen normative Ideale ausschließlich unter idealen Bedingungen formulierte normative Prinzipien bzw. Standards. Vgl. dazu ausführlicher Valentini, 2012, 656–660. Einen Überblick über weitere Verwendungsmöglichkeiten des Konzepts des normativen Ideals stellt etwa Valentini, 2012 zur Verfügung.

Hinsicht eine Stimme, die ohne Einschränkung auch in praktischer Hinsicht gültig bleibt, und kann demzufolge in gesellschaftliche Zusammenhänge eingreifen, ohne das Grundverständnis ihres Geschäfts ändern oder erweitern zu müssen. Allein durch die Bereitstellung normativer Standards in sogenannten idealen Theorien bringt sie sich in die Position, Vorschläge zur Reform unserer nun einmal nicht so idealen Wirklichkeit unterbreiten zu können.<sup>4</sup>

In Bezug auf den möglichen Beitrag der Philosophie zur Verwirklichung der Menschenrechte würde nach dieser Vorstellung ihrer praktischen Funktion die philosophische Kernaufgabe allein in der Ausarbeitung und Verteidigung von Menschenrechtstheorien bestehen. Indem sie nämlich das Konzept der Menschenrechte, ihre Grundprinzipien sowie ihren Inhalt entfaltet, vermag die Philosophie jenen Hintergrund auszumalen, der ausreicht, um zielführende – seien es eigene oder im Verbund mit anderen Akteuren, aber stets unter ihrer Leitung erarbeitete – Vorschläge zur Verwirklichung der Menschenrechte zu unterbreiten.<sup>5</sup>

### III. Orientierung an der nichtidealen Wirklichkeit

Gegen die so verstandene Orientierungsfunktion der politischen Philosophie, welche ihr die Rolle der Schlüsselhalterin zuweist, lassen sich eine Reihe von Bedenken ins Feld führen, die die praktische Orientierungsfähigkeit idealer Theorien in Zweifel ziehen.

So etwa kann der Verdacht erhoben werden, normative Ideale müssten sich bei voranschreitender Bezugnahme auf konkrete soziale und politische Wirklichkeiten in der Regel als bloße Luftschlösser entpuppen. Entscheidend ist hier der bereits beiläufig erwähnte Umstand, dass normative Prinzipien unter Annahme idealer, stark vereinfachter sozialer und politischer Rahmenbedingungen formuliert werden. Ohne eine derartige, in theoretischer Absicht unternommene Komplexitätsreduzierung wäre eine Annäherung an normative Standards kaum vorzustellen.<sup>6</sup> Dadurch werden wir allerdings mit dem Problem konfrontiert, dass uns die

<sup>4</sup> Das Standardbeispiel bildet immer noch die Beziehung zwischen dem ersten und dem zweiten Teil von Rawls' *Theorie der Gerechtigkeit*.

<sup>5</sup> Zu den Menschenrechtstheorien, die mit diesem Selbstverständnis operieren, sind vor allem reduktionistische Ansätze zu zählen, wie etwa der von James Griffin, 2009. Vgl. hierzu auch Tasioulas, 2011, 21–26.

<sup>6</sup> Vgl. paradigmatisch dazu und zu diesem Verständnis von idealer Theorie Rawls, 1971, 8–9, 245–246.

konkreten sozialen und politischen Bedingungen, unter denen das Ideal in unserer nichtidealen Welt vollends verwirklicht ist, nur schemenhaft bekannt sind, ja, uns aus unserer gegenwärtigen sozialen Perspektive sogar als befremdlich erscheinen können. Die aus theoretischen Gründen vorausgesetzten idealisierten Rahmenbedingungen legen schließlich von sich aus noch nicht nahe, wie die komplexe soziale Realität, in der das Ideal verwirklicht ist, im Detail auszusehen hat.<sup>7</sup> So vertraut uns unser nicht-ideales soziales und politisches Umfeld auch sein mag, und so kundig wir auch über sein Veränderungspotential sein mögen, es besteht in jedem Fall eine Diskrepanz zwischen den unter idealen Rahmenbedingungen formulierten normativen Standards und unserer hochkomplexen sozialen Realität. Dieser Umstand hat zur Folge, dass wir uns sehr leicht über die konkreten Realisierungsbedingungen eines Ideals irren können, dieses sich mithin, wie eine *Fata Morgana*, immer wieder verflüchtigen kann, wenn wir uns ihm anzunähern versuchen. Als Ideale vermögen uns normative Prinzipien folglich nur sehr begrenzt anleiten. Sie feien uns nicht gegen die Gefahr, am vermeintlichen Ende der Reise feststellen zu müssen, dass wir uns unser Ziel anders vorgestellt haben.

Die Orientierungsfähigkeit von Idealen stellt sich gleichwohl nicht erst in der Spätphase der Realisierungsbemühungen als beschränkt heraus. Das Problem des sich verflüchtigen Ideals stellt die Akteure von Beginn an vor erhebliche Herausforderungen. Noch bevor man überhaupt dazu kommt zu vermuten, man hätte sein Ziel erreicht, ist man gezwungen, Entscheidungen darüber zu treffen, in welche Richtung man von seinem aktuellen sozialen Standpunkt aus die sozialen Veränderungen anzugehen hat und welcher Weg dabei zurückzulegen sein wird. Versuchen wir mit Blick auf ein Ideal erste Schritte über die Grenzen unserer bekannten sozialen Welt hinaus zu tun, so wird das Ideal das Wissen, das für eine präzise Einschätzung der zu unternehmenden Maßnahmen notwendig wäre, nicht abwerfen. Es wird vielmehr darüber schweigen, welche Schritte von unserer gegebenen sozialen Wirklichkeit aus konkret zurückzulegen sind, um ihm näherzukommen. Es lauert somit stets die Gefahr, dass wir uns verirren und uns mit unseren Bemühungen letztlich vom Ideal entfernen.<sup>8</sup> Mit dieser massiven epistemischen Unsicherheit droht zudem ein jegliche Reformbemühungen hemmender Dissens heraufbeschworen zu werden. Besteht Ungewissheit bezüglich der konkreten Realisierungsbedingungen eines gemeinsam vertretenen Ideals, so ist da-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu und im Folgenden Gaus, 2016, 11–34.

<sup>8</sup> Vgl. Gaus, 2016, 74–84.

mit zu rechnen, dass die Akteure divergierende Reformagenden befürworten werden.<sup>9</sup> Anstatt als bündelnder Rahmen koordiniertes kollektives Handeln zu erleichtern, droht die alleinige Orientierung am Ideal damit einen Spaltpilz in unsere letztlich nur gemeinsam zu bewältigenden Veränderungsbemühungen einzuführen.

Damit zusammenhängend kann auch darauf hingewiesen werden, dass eine unvermittelte Orientierung an einem Ideal mitnichten eine angemessene normative Analyse und Bewertung eines sozialen Umfeldes garantiert. Sicherlich geraten durch die Brille normativer Prinzipien die normativ relevanten Hinsichten einer Situation zuallererst in den Blick. Ob sie allerdings eine *vollständige* Analyse ermöglichen, kann angezweifelt werden.<sup>10</sup> Wenn Allen Buchanan etwa mit Blick auf eine Reform der internationalen Praxis der Anerkennung staatlicher Souveränität verlangt, dass Staaten nur dann als souverän zu achten sind, wenn sie die Menschenrechte nach innen und außen schützen, über eine legitime Autorität verfügen und minimale demokratische Standards erfüllen, so reicht dieses normative Ideal nicht aus, um konkrete Reformvorschläge zur institutionalisierten Praxis zwischenstaatlicher Anerkennung vorlegen zu können.<sup>11</sup> Um Maßnahmen zur effektiven Einschränkung staatlicher Souveränität konzipieren zu können, bedürfte es eines normativen Standards, der in weit höherem Maße sensibel für die Eigentümlichkeiten tatsächlichen staatlichen Handelns sowie für die Einzelheiten der bestehenden Praxis internationaler Beziehungen ist. Unter idealen Rahmenbedingungen formulierte Prinzipien erlauben uns hingegen keine Analyse, die uns hinreichend darüber aufklären könnte, wann und wo welche Kompromisse mit den realen Verhältnissen einzugehen sind, um das Ideal zu verwirklichen.

Die alleinige Orientierung an Idealen ist aber noch mit weiteren Problemen behaftet: So laufen wir durch die Fixierung auf ein Ideal nicht nur Gefahr, die dringenden Probleme unserer unmittelbaren sozialen Umgebung aus dem Blick zu verlieren und damit die Ungerechtigkeiten zu vergrößern.<sup>12</sup> Der Versuch, ein Ideal ungefiltert unter nichtidealen Bedingungen zu verwirklichen, kann unter Umständen seiner Realisierung zuwiderlaufen, insbesondere dann, wenn es ein Verhalten fordert, das sich nur schwer in der gegebenen sozialen Wirklichkeit umsetzen lässt. Auf-

<sup>9</sup> Vgl. hierzu Sen, 2009, 12, 45–46, 56–8, 89. Sen hebt zudem hervor, dass dies auch für wohlinformierte und unparteiische kompetente Beobachter gilt.

<sup>10</sup> Siehe hierzu Wiens, 2012, 49–53.

<sup>11</sup> Die Darstellung von Allen Buchanans Ansatz folgt hier David Wiens. Siehe Wiens, 2012, ebd.

<sup>12</sup> Vgl. Gaus, 2016, 82–83.

grund der Distanz zwischen dem Ideal und der realen Welt ist dann zu erwarten, dass wir uns psychologisch überfordert dem Ideal entfremden werden.<sup>13</sup>

Verteidiger einer dezidierten Orientierung am Ideal könnten auf diese Bedenken mit der Möglichkeit historisch und gesellschaftlich angepasster Prinzipien und Ideale antworten.<sup>14</sup> Auch wenn uns Ideale *prima facie* nicht immer zu orientieren vermögen, so könnten doch sekundäre Prinzipien aus ihnen abgeleitet werden, welche hinreichend sensitiv für die jeweiligen Rahmenbedingungen sind. Allerdings taucht hier das Problem auf, dass das Ausgangsprinzip in eine Reihe gleichermaßen angemessener, gleichwohl divergierender Sekundärprinzipien umformuliert werden kann. Welches dann als das richtige auszuweisen ist, wird sich nicht mehr mit Bezug auf das Ideal entscheiden lassen. Hierzu bedürfte es weiterer Orientierungspunkte. Zu denken wäre etwa an das letzte Ziel des Ideals, so dass dasjenige Sekundärprinzip zu bevorzugen ist, das den ‚Geist‘ des Ideals am besten einfängt. Damit würde sich das Ideal allerdings als leer erweisen, da das geeignete Sekundärprinzip nicht mehr aus ihm *abgeleitet* werden kann.<sup>15</sup>

Halten wir diese Bedenken an der praktischen Orientierungsfähigkeit normativer Ideale für überzeugend, so ist zu fragen, wie darauf zu reagieren ist. Zwei entgegengesetzte, die Kluft zwischen dem Ideal und der nichtidealen Wirklichkeit zementierende Reaktionen bieten sich an. Eine erste Reaktion könnte darin bestehen, von dem praktischen Anspruch normativer Theorien abzulassen und das Ziel einer normativen Theorie allein darin zu verorten, den Gegenstand richtig zu denken. Die zentrale Frage der politischen Philosophie ist dann “not what we should do but what we should think, even when what we should think makes no practical difference”<sup>16</sup>. Wer allerdings an der praktischen Funktion der politischen Philosophie festhalten möchte, dem steht ein zweiter Ausweg offen. Statt den praktischen Anspruch aufzugeben, könnte er den theoretischen Anspruch und damit die „Arbeit am Ideal“, d. h. dessen konzeptuelle Klärung und Begründung, einklammern. Sen folgend könnte er Ideale als für das

<sup>13</sup> Vgl. ebd., 23 sowie Philipps, 1985, 556–561. Ob es zu diesem Problem kommt, hängt maßgeblich damit zusammen, ob es sich um eine fakten-unabhängige Theorie handelt oder, wenn nicht, ob das Prinzip unter Annahmen falscher, den Gegenstand verzerrender idealisierter sozialer Rahmenbedingungen formuliert wurde. Vgl. dazu Valentini, 2009.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu Phillips, 1985, 562–563.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., 563.

<sup>16</sup> Cohen, 2003, 243.

normative Geschäft überflüssig erklären: Zur Beantwortung der Frage, was zu tun ist, bedürfe es keiner Anleitung durch ein Ideal.<sup>17</sup> Wer diese beiden extremen Auswege ablehnt,<sup>18</sup> dem steht eine dritte, konziliantere Alternative offen. Diese hält an der praktischen Funktion der Philosophie fest, gibt gleichwohl die alleinige und unvermittelte Orientierung am Ideal auf, um, ohne die Bedeutung von Idealen gänzlich zurückzuweisen, für eine stärkere Bezugnahme auf die konkreten sozialen und politischen Zusammenhänge zu plädieren.

Im Folgenden sei diesem dritten Weg nachgegangen, um auszuloten, ob und wie die politische Philosophie auf dieser Gradwanderung nahe genug an die sozialen und politischen Wirklichkeiten herankommen kann, um realisierbare Reformvorschläge beisteuern zu können, und welche Konsequenzen dies für ihre praktische Rolle und ihr Selbstverständnis zeitigen könnte.

#### IV. Soziale Experimente

Das Eingeständnis der politischen Philosophie, dass die Vorkehrungen zur Realisierung eines Ideals nicht alleine aus diesem selbst abgeleitet werden können und die unvermittelte Leitung durch ein Ideal deshalb keine taugliche Orientierung verbürgt, muss sich notgedrungen in einer Korrektur ihres Verhältnisses zur sozialen und politischen Wirklichkeit niederschlagen.

Erlaubt die Perspektive des Ideals dem Theoretiker nicht, die soziale Wirklichkeit so erscheinen zu lassen, dass klar hervortritt, in welche Richtung sie umzugestalten ist und gerät er insofern in eine Situation epistemischer Unsicherheit, in welcher er keine zuverlässigen Urteile mehr über die zu unternehmenden Schritte fällen kann, so liegt es, wie auch in anderen wissenschaftlichen Kontexten, nahe, auf die Logik des Entdeckens und damit auf die Praxis des Experimentierens zurückzugreifen. Dort, wo die Orientierungsfähigkeit des Ideals an ihre Grenzen gerät, wird der Untersuchungsmodus dahingehend umzuschalten sein, dass es nunmehr das ungewisse Terrain zwischen der vorliegenden sozialen Wirklichkeit und dem Ideal zuallererst zu *erkunden* gilt.<sup>19</sup> Anstatt mehr oder weniger sprunghaft die soziale Realität auf ein Ideal hin umzugestalten, sind in so-

<sup>17</sup> Vgl. etwa Sen, 2009, 1–18, 101–102.

<sup>18</sup> Vgl. etwa die Einwände von John Simmons gegen Sens Ansatz in Simmons, 2010.

<sup>19</sup> Gerade dazu rät uns Ryan Muldoon. Siehe etwa Muldoon, 2015, 188–190.

zialen Experimenten erst einmal empirische Informationen über das Veränderungspotential des jeweiligen sozialen Umfeldes sowie über die Art und Weise, wie sich das anvisierte Ideal unter unterschiedlichen sozialen Bedingungen auf die soziale Wirklichkeit auswirkt, zu gewinnen. Durch die experimentelle Erschließung neuer sozialer Räume soll auf diesem Weg in einem pfadabhängigen Prozess die passende soziale Einkleidung des Ideals tastend identifiziert werden. Die Grundlage, auf welcher der so wichtige ‚nächste Schritt‘ gerechtfertigt werden kann, wird dann nicht mehr allein durch das normative Ideal bereitgestellt. Die Rechtfertigung sozialer Reformen wird nunmehr maßgeblich von experimentellen Versuchen, bestimmte soziale Räume mit Blick auf ein bestimmtes Ideal als erreichbar und effizient zu erweisen, ausgehen müssen.<sup>20</sup>

Damit drängt sich eine Erweiterung der Rolle und des Selbstverständnisses der politischen Philosophie auf. Statt sich allein der Arbeit am Ideal durch dessen konzeptuelle Analyse und Rechtfertigung hinzugeben, um entlegene normative Gegenden zu erforschen, wird sich die politische Philosophie fortan auch dem Modellieren von sozialen Experimenten zuwenden müssen. Damit begibt sich die Philosophie allerdings auf ein Aufgabenfeld, auf dem sie sich nicht mehr in Eigenregie betätigen kann. In derartigen Erkundungsprozessen wird sich die politische Philosophie nur noch als ein Akteur unter mehreren betätigen und dabei ständig auf die Informationen und Fertigkeiten ihrer Mitsstreiter angewiesen bleiben. Ihr spezifischer Beitrag wird dabei zunächst recht bescheiden ausfallen. So wird sie zwar beratend die grobe Ausrichtung von Experimenten auf das Ideal hin, dessen Analyse immerhin noch in ihren Zuständigkeitsbereich fällt, einschätzen können. Darüber hinaus muss sie sich aber angesichts ihres beschränkten Orientierungsangebots auf das gemeinsame Entwickeln und Modellieren von sozialen Experimenten mit anderen Akteuren beschränken.

Angesichts der mangelnden Ausgangsorientierung durch das leitende Ideal wird es zudem notwendig sein, hinreichend viele und vielfältige Experimente durchzuführen. Nur so können aussagekräftige Informationen über die sozialen Möglichkeiten und die Auswirkungen des Ideals auf unsere nichtideale soziale Wirklichkeit gewonnen werden. Werden uns dadurch wichtige Einblicke in uns bisher unbekannte soziale Umwelten ermöglicht, so wird die Pluralisierung der Experimente gleichwohl mit aller Wahrscheinlichkeit einen Konflikt der Schlüsse, die aus den Experimenten zu ziehen sind, nach sich ziehen. Es ist nämlich zu erwarten, dass

<sup>20</sup> Ebd., 190.



wir uns sehr schnell mit der Herausforderung divergierender und konkurrierender Auswertungen der lokalen Sozialexperimente konfrontiert sehen. So kann nicht nur jeder für sich beanspruchen, die angemessenste soziale Einkleidung des Ideals in Aussicht zu stellen. Im Falle gescheiterter Experimente kann darüber hinaus Uneinigkeit darüber entstehen, welche Faktoren ausschlaggebend waren und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Noch schwieriger wird ein konsensfähiger Schluss von den Resultaten lokaler Experimente auf die hochkomplexe gesamtgesellschaftliche Ebene zu erreichen sein. Damit scheinen die sozialen Experimente unsere epistemische Unsicherheit lediglich verschoben statt aufgehoben zu haben. Wären uns die sozialen Realisierungsbedingungen des Ideals bekannt, ließen sich diese Konflikte sicherlich lösen. Gerade dies ist aber nicht der Fall. Wir haben uns also offenbar im Kreis gedreht.

## V. Das Ideal an uns heranführen

Ganz ausweglos scheinen wir dieser Situation jedoch nicht ausgeliefert zu sein, denn gerade hier könnte die Philosophie Abhilfe schaffen und einen eigenen Beitrag leisten. Für die politische Philosophie bietet sich nämlich ein erneuter Rückgriff auf das Ideal an.

Aufgrund ihrer neuen Verortung in einen experimentellen Kontext wird dieser Rückgriff allerdings eine durch experimentelle Erfahrungen vermittelte Bezugnahme auf das Ideal bilden. Ausgeschlossen ist, dass die Wahl des weiter zu verfolgenden Weges zur Realisierung des Ideals als ein bloßes, am Ideal orientiertes Subsumptionsverfahren zu verstehen ist: Unter welchen sozialen Bedingungen das Ideal vollends verwirklicht ist, bleibt uns unverändert unbekannt. Entsprechend kann uns das Ideal keine direkte Auskunft darüber geben, welcher Weg zu ihm führt. Das Verhältnis zwischen dem Ideal und den experimentell eröffneten Optionen und Wegen muss demnach anders gefasst werden. Folgende Alternative sei hier vorgeschlagen.

Statt das Aufweisen von Entsprechungsverhältnissen zwischen den experimentell eröffneten Optionen und dem normativen Standard als Subsumptionsverfahren zu fassen, könnte man das Herstellen von Entsprechungen auch als Versuch betrachten, das Ideal näher an uns heranzuführen.<sup>21</sup> Dieser Perspektivenwechsel impliziert eine nur geringfügige Schwerpunktverlagerung: Statt weiterhin am Ideal als dem alles

<sup>21</sup> Die Grundidee ist hier von Gerald Gaus inspiriert. Siehe Gaus, 2016, 248–250.

entscheidenden Orientierungspunkt festzuhalten, sind wir angesichts unserer epistemischen Unsicherheit aufgerufen, unseren Blick zunächst auf die sozialen Experimente zu richten und diese als Versuche zu betrachten, dem entsprechenden Ideal zuallererst eine soziale Gestalt zu verleihen, das Ideal also erstmals in unserer ‚sozialen Nachbarschaft‘ sichtbar werden zu lassen und es so in unsere Nähe zu bringen. Wenn es dann darum geht, zwischen den experimentell erschlossenen sozialen Einkleidungen, d. h. zwischen den Optionen, die weitere Ausrichtung der Realisierungsbemühungen zu bestimmen, so wird das Ziehen von Entsprechungsbeziehungen zum Ideal maßgeblich auf dieser Grundlage zu erfolgen haben. Um eine Subsumption kann es sich, wie gesagt, dabei nicht handeln. Indem wir das Ideal mit den neu erschlossenen sozialen Räumen in Verbindung bringen, um dessen soziale Realisierungsbedingungen zumindest anfänglich zu bestimmen, verlängern wir vielmehr die bereits eingeschlagene Tendenz: Wir bringen durch die Wahl des zu verfolgenden Weges das Ideal noch näher an uns heran. Das bedeutet nicht, dass die Orientierung durch das Ideal hinfällig wird. Angesichts seiner Mängel wird das Ideal allerdings seine Orientierungskompetenz zu einem großen Teil an die experimentell erschlossenen sozialen Räume abtreten müssen. Wie diese gleichzeitige Orientierung durch das Ideal *und* die sozialen Experimente vorstattengehen kann und welche Rolle der Philosophie dabei zufallen könnte, sei im Folgenden kurz ausgelotet.

Sehen wir uns einer Reihe von sozialen Experimenten gegenüber, ohne vorab in Kenntnis der passenden Realisierungsbedingungen des entsprechenden Ideals zu sein, wird der wohl einzige Schritt darin bestehen, die experimentell erschlossenen Optionen in eine aussagekräftige Ordnung zu bringen. Als Referenzpunkt kann dabei nur das zu realisierende Ideal in Frage kommen. Dieses gibt uns wohl keine Aufschlüsse über seine eigenen Realisierungsbedingungen, gleichwohl können wir uns dessen ‚normativen Gehalt‘ zunutze machen: Indem wir seine normativen Kernelemente herausarbeiten, können wir diese als Koordinaten heranziehen, um die Experimente in eine Ordnung zu bringen. Denn entlang der normativen Kernelemente lässt sich ausmachen, welches Experiment bzw. welche soziale Gestalt dem abstrakten normativen Gehalt des Ideals am meisten Auffangraum bietet, ihn also am umfassendsten zur Geltung bringt. Am Beispiel der Menschenrechte illustriert, wäre so *je nach* Menschenrechtskonzeption zu prüfen, welche Experimente in welchem Umfang *etwa* die Unteilbarkeit der Menschenrechte, ihre egalitäre und kategorische Geltung, ihren Status als subjektive Rechte oder ihre unterschiedlichen Dimensionen, d. h. ihre moralische, juristische und po-

litische Dimension, realisieren.<sup>22</sup> Da die hierzu notwendige konzeptuelle Aufarbeitung der wesentlichen Bestandteile des Ideals in den Aufgabenbereich der Philosophie fällt, wird auch sie geeignet sein, die Einordnung der Experimente vorzunehmen. Die so ermöglichte Vergleichbarkeit kann sicherlich zum Entwurf neuer Experimente führen, welche bereits durchgeführte, sich ergänzende Projekte miteinander kombinieren. Bevor allerdings derartige weiterführende Schritte eingeleitet werden können, sind die sozialen Experimente noch in einer zweiten Hinsicht auszuwerten.

Gerade mit Blick auf die nichtideale Wirklichkeit sind die in den Experimenten erschlossenen sozialen Räume auch auf ihre Stabilität, ihre Effektivität und ihr Entwicklungspotenzial hin zu sondieren. Denn nicht allein ihre ‚normative Qualität‘ ist ausschlaggebend. Ihre Wahl wird genauso von ihrer Eignung zu einer stabilen Weiterentwicklung abhängen. Auch wenn für diese zweite Gruppe von Kriterien qualifizierte Informationen und Einschätzungen anderer Akteure notwendig sind, so wird auch in dieser Hinsicht die Auswahl der weiter zu verfolgenden Option maßgeblich von der Philosophie angeleitet werden.

Im Kontext konkurrierender Auswertungen der sozialen Experimente wird der eigentümliche Beitrag der politischen Philosophie demnach darin bestehen, durch Ordnung und Auswahl der experimentell erarbeiteten Realisierungsmöglichkeiten jenen nächsten Schritt zu identifizieren, von dessen Ausrichtung langfristig zu erwarten ist, dass er in einen Prozess mündet, der die normative Qualität des Ideals am besten aufzufangen und uns somit zur passenden sozialen Welt hinzuführen vermag. Auf diese Weise wird die Philosophie maßgeblich dazu beitragen, einen normativen Standard, von dem wir zunächst nicht wissen, welche soziale Realität ihn verwirklicht, allmählich an uns heranzuholen und ihm ein soziales Gesicht zu verleihen. Den sozialen Ort, an dem das Ideal verwirklicht ist, wird die Philosophie allerdings nicht vorherbestimmen können. Genauso wenig wie die Wissenschaftstheorie vorwegnehmen kann, auf welche Theorien die Wissenschaftler stoßen werden, wird auch die normative politische Philosophie nicht in der Lage sein, vorherzusehen, zu welchen sozialen Realitäten uns die experimentelle Erkundung der Realisierungsbedingungen eines Ideals führen werden. Was die politische Philosophie allerdings genauso wie die Wissenschaftstheorie zu zeigen vermag, ist, wie bestimmte Grundannahmen unseren Blick auf die Realität in eine bestimmte Richtung lenken. In diesem Sinne ist sie zu-

<sup>22</sup> Zu den unterschiedlichen Dimensionen der Menschenrechte siehe Lohmann, 2010.

mindest in der Lage, uns auf jene soziale Region hinzuweisen, in der, so fern sie auch sein mag, die Realisierung des Ideals wahrscheinlich wird.<sup>23</sup>

Die Verschiebung der praktischen Funktion der politischen Philosophie auf die Teilnahme an einem experimentellen sozialen Auskundschaftungsprozess sollte gleichwohl nicht zur Schlussfolgerung verleiten, die Philosophie hätte fortan die Arbeit am Ideal einzustellen. Der Arbeit am Ideal, insbesondere der konzeptuellen Klärung, kommt nicht nur, wie eben gesehen, in Bezug auf die Bestimmung der einzuschlagenden Richtung eine Schlüsselfunktion zu. Auch in anderen Hinsichten bleibt sie relevant: Zwischen den Experimentierenden muss weitgehend Einigkeit über das leitende Ideal herrschen. Würden die Experimente mit stark divergierenden Auslegungen der Ideale operieren, würden sich aus den Resultaten und Beobachtungen kaum allseits geteilte Schlussfolgerungen ergeben. Durch ihre konzeptuelle Kompetenz vermag die Philosophie in diesem Zusammenhang zu der notwendigen Stabilisierung des Ideals beitragen – eine Stabilisierung, die auch in motivationaler Hinsicht von nicht unerheblicher Bedeutung ist: Die Bezugnahme auf ein stabiles und gerechtfertigtes Ideal kann jene motivational bindenden Kräfte freisetzen, die notwendig sind, um soziale Experimente gemeinsam durchführen zu können. Die Arbeit am Ideal wird sich nicht zuletzt auch dann als entscheidend erweisen, wenn sich etwa angesichts gescheiterter Experimente die Angemessenheit des Ideals für einen bestimmten gesellschaftlichen Kontext mit guten Gründen anzweifeln lässt. Hier kann die Philosophie behilflich sein, alternative Ideale zu formulieren und diese auch auf ihren Zusammenhang mit dem ursprünglichen normativen Standard zu prüfen. In jeder dieser Hinsichten wird die Philosophie allerdings die experimentell erschlossenen sozialen Räume nicht mehr ignorieren können. Hat sie die exklusive Orientierung am Ideal aufgegeben, so wird sie der gemeinhin als ihr Kerngeschäft betrachteten Arbeit am Ideal nicht mehr ungeachtet dieser Entwicklungen nachgehen können.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Vgl. zu dieser Analogie Velleman, 2009, 149.

<sup>24</sup> Die Beziehung zwischen der Arbeit am Ideal und der experimentellen Erschließung neuer sozialer Räume kann mit der von David Wiens vorgeschlagenen Beziehung zwischen Architektur und technischer Planung verglichen werden. Sowie der Architekt und der Ingenieur sich aufeinander einlassen müssen, genauso müssen sich die Arbeit am Ideal und die sozialen Experimente wechselseitig aufeinander beziehen. Vgl. Wiens, 2012, 46–49, 60–63.

## VI. Das Zeguo-Experiment

Um auch das bisher Ausgeführte näher an unsere Realität heranzuführen, sei im Folgenden die sehr allgemein und sicherlich allzu grob skizzierte praktische Funktion einer verstärkt auf die nichtideale Wirklichkeit Bezug nehmenden politischen Philosophie an einem konkreten Beispiel verdeutlicht. Herangezogen sei ein Versuch, im sozialen und politischen Kontext der VR China einer besonders brisanten Teilkategorie der Menschenrechte, nämlich grundlegenden politischen Teilhaberechten, wie den Rechten auf Meinungsfreiheit, auf Vereinigungsfreiheit, auf Mitbestimmung an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten oder auf Teilnahme an Wahlen,<sup>25</sup> einen Weg zur Verwirklichung zu bahnen. Insofern der Versuch seinem konkreten Setting nach auf demokratische Mitwirkung ausgerichtet war, operierte das Projekt von Beginn an mit einer bestimmten Interpretation dieser politischen Teilnahmerechte. Die Frage, wie die Beziehung zwischen Demokratie und Menschenrechten letztlich zu verstehen ist, braucht uns allerdings nicht weiter zu beschäftigen. Unsere Aufmerksamkeit soll allein der Rolle der Philosophie bei der Verwirklichung der unter dem Ideal demokratischer Partizipation zusammengefassten politischen Teilnahmerechte gelten, denn diese wird hier offensichtlich besonders herausgefordert.<sup>26</sup> Nicht nur liegt mit der demokratischen Partizipation ein normativer Standard vor, der nicht schon vorwegnimmt, wie das normativ Eingeforderte praktisch herbeigeführt werden soll und unter welchen Rahmenbedingungen es vollends verwirklicht ist. Zudem kommen die gegebenen sozialen und politischen Rahmenbedingungen einem solchen Vorhaben alles andere als entgegen.

Bezug genommen sei auf das Zeguo-Experiment, das nach dem Ort seiner Durchführung, der in der kreisfreien Stadt Wenling (Provinz Zhejiang) gelegenen Stadt Zeguo benannt ist und von He Baogang zusammen mit James Fishkin entwickelt und betreut wurde. Das Experiment, das im April 2005 zum ersten Mal durchgeführt wurde, sollte in den folgenden Jahren bis 2013 mehrmals wiederholt und weiterentwickelt werden. Dieses sich explizit als Sozialexperiment verstehende Projekt war als Versuch angelegt, im Rahmen autoritärer Strukturen auf lokaler Ebe-

<sup>25</sup> Siehe Art. 19, 20 und 21 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*.

<sup>26</sup> Auch wenn das Projekt von Politikwissenschaftlern und politischen Theoretikern ins Leben gerufen wurde, spricht nichts dagegen, es aus der Perspektive des hier berücksichtigten Philosophieverständnisses zu beleuchten.

ne demokratische Institutionen zu implementieren. Damit reihte es sich unter jene weltweit, vor allem aber auch in China vielfach durchgeführten Experimente ein, die beabsichtigen, unter autoritären Rahmenbedingungen hybride Formen demokratischer Partizipation und Deliberation einzuführen.<sup>27</sup> Im Folgenden wird das Zeguo-Experiment vor dem Hintergrund der oben skizzierten Aufgabenbeschreibung einer politischen Philosophie, die von der ausschließlichen Orientierung am Ideal abrückt, näher in den Blick genommen. Vorweg sei angemerkt, dass hier eine wohlwollende Haltung Hes Anliegen gegenüber eingenommen wird, die sicherlich nicht von jedem geteilt wird.<sup>28</sup>

Das Zeguo-Experiment, das hier nicht in aller Ausführlichkeit dargestellt werden kann,<sup>29</sup> knüpft an bereits in die 1980er Jahre zurückreichende, im Rahmen von Kommunalwahlen unternommene erste Versuche an, in Wenling institutionelle Räume für konsultative und deliberative Verfahren einzurichten.<sup>30</sup> Im neuen Jahrtausend begrüßte die offizielle Seite eine Fortentwicklung dieser Initiativen vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Spannungen zwischen der Bevölkerung und den Behörden. Mit einer Ausweitung der bereits erprobten konsultativen und deliberativen Mechanismen wurde die Hoffnung verbunden, der gereizten Stimmung entgegenzuwirken.<sup>31</sup> Liegt damit eine anfangs zweifelsohne gelenkte Entwicklung vor, so sollte das Projekt allerdings eine gewisse Eigendynamik entfalten.

Konkret greift das Zeguo-Experiment auf die 1996 eingeführten „kentan“ („aufrichtige Diskussion“)-Foren zurück, in denen Angelegenheiten öffentlichen Interesses, wie etwa die Verlegung der Fischindustrie, von ausgewählten Teilnehmern diskutiert werden konnten.<sup>32</sup> Im Rahmen der sich so entwickelnden Diskussionsforen wurde sehr schnell der Ruf nach einer Verbesserung der Verfahrensweisen hörbar. Vor allem in Bezug auf die deliberative Qualität und die Repräsentation der Meinungen und Interessen aller Bevölkerungsgruppen wurde Korrekturbedarf gesehen. Neben den Problemen der verzerrten Geschlechterrepräsentation und des auffällig passiven Verhaltens von Teilnehmern mit niedrigem Bildungsstand, war allen Teilnehmern bewusst, dass durch die offizielle Auswahl

<sup>27</sup> Vgl. He/Warren, 2011, 269.

<sup>28</sup> Vgl. hierzu die Besprechung des Zeguo-Experiments von Ralph Weber. Siehe Weber, 2016.

<sup>29</sup> Für zusätzliche Informationen sei verwiesen auf He, 2015, He/Fishkin/Siu, 2006.

<sup>30</sup> He, 2006, 179–180.

<sup>31</sup> Ebd., 177–178.

<sup>32</sup> Ebd., 182.

der Teilnehmer die Veranstaltungen nicht vor manipulativen Eingriffen gefeit waren.<sup>33</sup> Um diesen Defiziten entgegenzuwirken, erhielten He Baogang und James Fishkin den Auftrag, die Struktur der Diskussionsforen zu überarbeiten.

Maßgebend für die Weiterentwicklung der Diskussionsforen war die von James Fishkin entwickelte Methode des *Deliberative Polling*, ein aus aggregativen und deliberativen Komponenten bestehendes Präferenzordnungs- und Entscheidungsfindungsverfahren, das beansprucht, Deliberation und Repräsentation miteinander in Einklang zu bringen.<sup>34</sup> Vor allem die das Verfahren kennzeichnenden Merkmale der per Zufallswahl erfolgenden Einladung einer als repräsentative Stichprobe angelegten Gruppe von Teilnehmern, der umfassenden und ausgewogenen Information der Teilnehmer bezüglich der Thematik sowie der Vervielfältigung der Diskussionsformen durch die Organisation kleinerer Diskussionsrunden oder Expertenpanels versprachen nicht nur die Repräsentativität und die deliberative Qualität der Plattform zu garantieren, sondern auch der Gefahr der Manipulation entgegenzuwirken.<sup>35</sup> Die nach diesem Verfahren abgehaltenen Treffen waren zunächst ausschließlich als konsensorientierte Diskussionsrunden konzipiert. Es sollten lediglich deliberativ geführte Konsensfindungsprozesse erprobt und eingeübt werden, ohne deren Resultate durch zusätzliche Wahlmechanismen in verbindliche Entscheidungen zu überführen. Diese Ausrichtung des Experiments ist sicherlich Ausdruck des Demokratieverständnisses der Projektentwickler. Ausschlaggebend dürfte dabei aber genauso die Tatsache gewesen sein, dass mit der direkten Einführung von Wahlen, etwa in Form von Delegiertenwahlen, die Grenzen des politisch Machbaren überschritten worden wären.

Umfragen zufolge wurde das Experiment äußerst positiv aufgenommen. Neben einer Stärkung des Gemeinschaftsgefühls wurde die Einführung des Verfahrens als eine Zunahme an politischer Selbstbestimmung erfahren – mit dem Ergebnis, dass auch das von den Behörden anvisierte Ziel einer Entspannung der Beziehung zur lokalen Bevölkerung erreicht wurde.<sup>36</sup> Dies war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Ergebnisse der Diskussionsrunden zum Teil im lokalen Volkskongress diskutiert und in verbindliche politische Entscheidungen überführt wurden. In

<sup>33</sup> Vgl. He, 2015, 39.

<sup>34</sup> Einen hilfreichen Einblick in die Methode liefert Fishkin, 2006.

<sup>35</sup> Vgl. He, 2015, 45.

<sup>36</sup> Siehe He, 2006, 188 sowie He/Warren, 2011, 282.

diesen Hinsichten konnte das Zeguo-Projekt wesentlich mehr Erfolge verbuchen als andere, auf das gleiche Ziel hin angelegte Experimente in China.<sup>37</sup>

Darüber hinaus hat das Experiment ein weiteres Phänomen sichtbar werden lassen. Auch wenn sich die KPCh direkten Wahlen in China und Hong Kong sperrt, wurde deutlich, dass die Umsetzung deliberativer Verfahren die Einführung demokratischer Wahlmechanismen begünstigt. Symptomatisch dafür ist die Tatsache, dass viele Teilnehmer im Laufe des Experiments dazu übergingen, ihre weitere Teilnahme von der Einführung von Delegiertenwahlen abhängig zu machen. Diesem Druck nachgebend, genehmigten die Behörden schließlich die Wahl von Delegierten als offizielle Vertreter der deliberativen Versammlung. Das Experiment entfaltete von daher eine gewisse Eigendynamik von einem rein auf deliberative Prozesse ausgerichteten Vorhaben hin zu dem Versuch, der Versammlung eine wenn auch sehr begrenzte, so doch immerhin durch das Mehrheitsprinzip legitimierte politische Repräsentation zu verleihen.<sup>38</sup>

Blicken wir auf das Experiment zurück, so fällt auf, dass sich die Theoretiker bei der Planung und Durchführung des Experiments zu keinem Zeitpunkt ausschließlich von einem Ideal leiten ließen. Zwar wurden Deliberation und Demokratie als Ideale konzeptuell umrissen und als leitende normative Standards ausgerufen, die sozialen Realisierungsbedingungen sowie die konkret zu unternehmenden Schritte wurden hingegen nicht aus diesen normativen Standards abgeleitet.<sup>39</sup> Vielmehr nahmen He und Fishkin Bezug auf die konkreten sozialen und politischen Umstände, denen sie sich gegenübergestellt sahen, um von hier aus den jeweils nächsten Schritt auszuloten. In diesem Sinne war das experimentelle Setting, das anfänglich allein auf deliberative Verfahren ausgerichtet war, als Versuch zu verstehen, überhaupt erst im chinesischen Kontext mögliche soziale und politische ‚Nachbarwelten‘ zu erkunden. Dass die Orientierung am Ideal hier durch die experimentelle Erschließung neuer sozialer und politischer Räume vermittelt wurde, ist auch daran ablesbar, dass He sein Projekt in einen Zusammenhang mit anderen, parallel unternommenen Experimenten stellte und bemüht war, die Ergebnisse zu vergleichen. Er sah sich nur als Teil eines größeren sozialen Projekts, das es in konzertierter Koordination aller Akteure arbeitsteilig anzugehen galt.

<sup>37</sup> Siehe hierzu He, 2006, 183–192; He/Warren, 2011, 276–279.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu He, 2015, 37, 44.

<sup>39</sup> Siehe He/Warren, 2011, 270.



An der herausragenden Bedeutung, die dem Vergleich mit anderen Projekten bei He zukommt, wird ferner deutlich, dass He mit seinem Experiment weniger daran gelegen war, die Wirklichkeit dem Ideal anzunähern, als vielmehr das Ideal näher an die faktische soziale Realität heranzuführen. Nur auf dem Weg eines vor dem Hintergrund der konzeptuellen Analyse von Deliberation und Demokratie erfolgenden Vergleichs zwischen den unterschiedlichen Experimenten erlaubte sich He, seinen Weg als vorzugswürdig auszuweisen.<sup>40</sup> Wird Demokratie als “empowered inclusion of individuals in matters that affect them by means of votes, voice, and related rights”<sup>41</sup> verstanden, dann werden nach He in seinem Experiment mehr normative Kernelemente von Demokratie verwirklicht als in verwandten Projekten. Eine zusätzliche Bestätigung erhält das Experiment mit Blick auf die Kriterien der Machbarkeit und Effektivität: Insofern das Zeguo-Experiment durch die Einführung von Delegiertenwahlen eine Tendenz hin zu politischer Repräsentation entfalten konnte, ist sein Ansatz und die damit eingeschlagene Richtung auch aufgrund ihres Wirksamkeitspotentials alternativen Ansätzen vorzuziehen. He schließt daraus, dass uns sein Experiment im chinesischen Kontext zu angemesseneren Realisierungsbedingungen des normativen Standards führen wird als andere Unterfangen, ohne dabei die Unvollständigkeit und Vorläufigkeit des Erreichten zu leugnen oder gar vorwegnehmen zu wollen, in welche Richtung sich weitere Reformbemühungen entwickeln werden und wo zu guter Letzt die Realisierungsstätte des Ideals auf der sozialen Landkarte genau zu verorten ist.<sup>42</sup> Hier wird die soziale Wirklichkeit also keineswegs einem Ideal anzugleichen versucht. Vielmehr wird durch die experimentelle Erschließung der unmittelbaren sozialen Nachbarwelten und die daran anschließende Ordnung und Auswertung der Experimente das Ideal demokratischer Teilnahme langsam an die chinesische Wirklichkeit herangetragen, um ihm überhaupt erst ein soziales Gesicht zu geben.

Abschließend lässt sich am Zeguo-Experiment auch aufzeigen, dass im Zuge der experimentellen Erschließung neuer sozialer Räume die Arbeit am Ideal keineswegs zum Erliegen kommen muss. Im Gegenteil können die sozialen Experimente Anpassungen auf der theoretischen Ebene anregen. In diesem Sinne lässt sich He darauf ein, die beobachteten Entwicklungen und die dabei entstandene neue soziale Realität auch kon-

<sup>40</sup> Siehe hierzu He, 2006, 183–192; He/Warren, 2011, 276–279.

<sup>41</sup> He/Warren, 2011, 270.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., 280–284; He, 2006, 192–194.

zeptuell zu fassen. Dazu führt er das Konzept einer „authoritarian deliberation“ ein, um diese Form der kontrollierten und eingeschränkten Form der Deliberation konzeptuell einzufangen.<sup>43</sup> Diese begriffliche Neuschöpfung ist nach He für die Diskussion um die Möglichkeit der Verwirklichung demokratischer Teilnahme und den damit einhergehenden politischen Teilnahmerechten in der VR China unerlässlich.<sup>44</sup> Sie sollte uns anregen, in Realisierungsfragen den Blick nicht von der chinesischen Realität abzuwenden. Meines Erachtens missversteht man He, wenn man ihn hier als Idealtheoretiker liest, dem es allein um die Verteidigung eines alternativen Ideals zu tun ist.<sup>45</sup> Die Einführung dieses umformulierten Ideals demokratischer Teilnahme scheint mir vor dem Hintergrund seines experimentellen Ansatzes erst Sinn zu machen, wenn man He so versteht, dass er den erschlossenen sozialen und politischen Raum konzeptuell markieren will, um ihn überhaupt erst mit dem Ausgangsideal in einen Zusammenhang stellen zu können. Und gerade dies tut er, wenn er das Verhältnis zum Ausgangsideal problematisiert und darauf aufmerksam macht, dass das Experiment nicht zu dem Schluss verleiten sollte, das Ideal demokratischer Teilnahme sei bereits hinreichend verwirklicht, es also vor dem Hintergrund der konzeptuellen Distanz weiterhin offen ist, wohin die „autoritäre Deliberation“ uns letztlich führen wird – und der Gefahren, die dieses Zwischenstadium in sich birgt, allen voran die mögliche Einengung und Verzerrung des weiteren Entwicklungsprozesses, ist sich He durchaus bewusst.<sup>46</sup> Mit der Einführung des Konzepts der „autoritären Deliberation“ wird die Frage, welcher Schritt als nächstes zu tun ist, mithin keineswegs hinfällig.

Vielleicht wurde das Zeguo-Experiment hier in ein allzu optimistisches Licht gerückt. In diesem Licht scheint es allerdings geeignet, die zunächst nur allgemein dargelegten Grundschriffe zu verdeutlichen, die es einer sich nicht mehr allein an einem Ideal orientierenden Philosophie erlauben, ihrer praktischen Funktion nachzukommen und an konkreten Reformvorschlägen zur Verwirklichung der Menschenrechte mitwirken zu können.

<sup>43</sup> Diese konzeptuelle Erneuerung ist He zufolge deshalb zulässig, weil zwischen Deliberation und Demokratie kein notwendiger konzeptueller Zusammenhang besteht. Vgl. etwa He/Warren, 2011, 271–273.

<sup>44</sup> Vgl. He, 2015, 47.

<sup>45</sup> Diese Lesart scheint Ralph Weber zu bevorzugen. Siehe Weber, 2016.

<sup>46</sup> Vgl. zu diesen Punkten He/Warren, 2011, 270–271, 280–284, sowie He, 2006, 192–194.

## VII. Schluss

Wenn diese kurze Skizze den Eindruck des Unfertigen und Vorläufigen erweckt, so ist dies nicht ihr einziger Makel. Sollte die hier vorgeschlagene Aufgabenbeschreibung für das vorausgesetzte Philosophieverständnis überhaupt sinnvoll sein, so ist auch diese unter unterkomplexen Voraussetzungen vorgebracht worden. Für die Diskussion der praktischen Funktion der Philosophie wurde hier lediglich der Kontext berücksichtigt, in dem eine Theorie ein bestimmtes Ideal verteidigt und dabei hinreichend viele Unterstützer aufweisen kann. Alle betrachteten Formen des Dissenses waren demnach innerperspektivischer Art. Ausgeklammert blieb jedoch der Dissens zwischen Theorien, die divergierende Ideale vertreten. Ob dieser Dissens ebenfalls mit dem Rückgriff auf soziale Experimente aufgehoben werden kann, muss hier offen gelassen werden.

### *Literatur*

- Cohen, G. A.* (2003): Facts and Principles, in: *Philosophy & Public Affairs* 31 (3), 211–245.
- Fiskbin, J. S.* (2006): Realizing Deliberative Democracy: Strategies for Democratic Consultation, in: Leib, E. J./He B. (Hrsg.): *The Search for Deliberative Democracy in China*, New York: Palgrave Macmillan, 37–52.
- Gaus, G.* (2016): *The Tyranny of the Ideal. Justice in a Diverse Society*, Princeton: Princeton University Press.
- Griffin, J.* (2009): *On Human Rights*, Oxford, Oxford University Press.
- Habermas, J.* (1999): Noch einmal: Zum Verhältnis von Theorie und Praxis, in: Ders.: *Wahrheit und Rechtfertigung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 347–361.
- Hare, R. M.* (1981): *Moral Thinking*, Oxford: Oxford University Press.
- He, B.* (2006): Participatory and Deliberative Institutions in China, in: Leib, E. J./He B. (Hrsg.): *The Search for Deliberative Democracy in China*, New York: Palgrave Macmillan, 175–196.
- He, B.* (2015): Reconciling Deliberation and Representation: Chinese Challenges to Deliberative Democracy, in: *Representation* (51) 1, 35–50.

- He, B./Fiskbin, J. S./Siu, A.* (2006): Public Consultation through Deliberation in China: The First Chinese Deliberative, in: Poll, Leib, E. J./He B. (Hrsg.): The Search for Deliberative Democracy in China, New York: Palgrave Macmillan, 175–196.
- He, B./Warren, M. E.* (2011): Authoritarian Deliberation: The Deliberative Turn in Chinese Political Development, in: Perspectives on Politics 9 (2), 269–289.
- Lohmann, G.* (2010): Zur moralischen, juristischen und politischen Dimension der Menschenrechte, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Recht und Moral, Hamburg: Meiner, 135–150.
- Muldoon, R.* (2015): Expanding the Justificatory Framework of Mill's Experiments in Living, in: Utilitas 27 (2), 179–194.
- Phillips, M.* (1985): Reflections on the Transition from Ideal to Non-Ideal Theory, in: Noûs 19 (4), 551–570.
- Rawls, J.* (1971): A Theory of Justice, Cambridge: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Sen, A.* (2009): The Idea of Justice, London: Allen Lane/Penguin Books.
- Simmons, A. J.* (2010): Ideal and Nonideal Theory, in: Philosophy and Public Affairs 38 (1), 5–36.
- Tasioulas, J.* (2011): On the Nature of Human Rights, in: Ernst, G./Heilinger J.-C. (Hrsg.): The Philosophy of Human Rights: Contemporary Controversies, Berlin/Boston: De Gruyter, 17–59.
- Valentini, L.* (2009): On the Apparent Paradox of Ideal Theory, in: The Journal of Political Philosophy 17 (3), 332–355.
- Valentini, L.* (2012): Ideal vs. Non-ideal Theory: A Conceptual Map, in: Philosophy Compass 7, 654–664.
- Velleman, D.* (2009): How We Get Along, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weber, R./Fröblich, T.* (2016): Gibt es Ansätze deliberativer Demokratie in China? Bemerkungen zur Debatte über das Zeguo-Experiment, in: Schubert, S./Weiß, A. (Hrsg.): „Demokratie“ jenseits des Westens, 550–566.
- Wiens, D.* (2012): Prescribing Institutions Without Ideal Theory, in: The Journal of Political Philosophy 20 (1), 45–70.